

A0

Antrag

Initiator*innen:

**Titel: Resolution: Neue Bundesregierung in der
Verantwortung: Gutes Aufwachsen nicht dem
Zufall überlassen!**

Antragstext

1 Die Mitgliederversammlung möge folgende Resolution beschließen

2 **Neue Bundesregierung in der Verantwortung: Gutes Aufwachsen nicht dem Zufall**
3 **überlassen!**

4 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf umfassende und konkrete Unterstützung
5 und brauchen verlässliche Perspektiven. Dies ist gerade in Zeiten
6 gesellschaftlicher und politischer Unsicherheiten zentral. Eine neue
7 Bundesregierung steht daher in der Verantwortung, deutlich sichtbar und
8 glaubwürdig die Weichen für ein gutes Aufwachsen zu stellen – mit einer Politik,
9 die Kinderrechte stärkt, Teilhabe ermöglicht und die nicht ignoriert, dass auch
10 bei uns Kinder und Jugendliche in Armut leben.

11 Ob Kinder und Jugendliche in Deutschland gute Gründe für Zuversicht und
12 Vertrauen haben, bleibt abzuwarten. Denn der Koalitionsvertrag der neuen
13 Bundesregierung ist aus kinderpolitischer Sicht enttäuschend. Er bietet der
14 jungen Generation kein starkes Angebot. So ist die Verankerung der Kinderrechte
15 im Grundgesetz nicht einmal mehr erwähnt. Der Kinderschutzbund bewertet dies als
16 inhaltlichen Rückschritt und als deutliches Zeichen, dass die Rechte und
17 Interessen von Kindern und Jugendlichen randständig behandelt werden. Wir
18 fordern, dass die neue Regierung hier einen Kurswechsel vornehmen wird. Einzelne
19 Maßnahmen im Koalitionsvertrag sind zu begrüßen, aber nötig ist ein
20 überzeugendes, gut durchdachtes politisches Gesamtangebot. Denn wer konsequent
21

22 in die Rechte und Interessen von jungen Menschen investiert, wird auch das
demokratische System stärken.

23 Die Basis dafür ist eine kinderrechtbasierte Politik, die alle Kinder und
24 Jugendliche als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten ernst nimmt.
25 Notwendig ist eine Politik, die für eine verlässliche Infrastruktur, für
26 Qualität und Verlässlichkeit in Kita, Schule, Kinder- und Jugendhilfe und
27 Gesundheitsversorgung Sorge trägt. Alle Kinder und Jugendlichen benötigen den
28 Zugang zu Angeboten und müssen von Geburt an bis zum Übergang in ein
29 selbstbestimmtes Erwachsenenleben erreicht werden.

30 Dies ist besonders relevant für die bislang Benachteiligten. Kinder und
31 Jugendliche in Armut, mit Gewalterfahrungen, von Diskriminierung betroffener
32 Kinder und Jugendliche, junge Geflüchtete oder Kinder und Jugendliche mit
33 Behinderungen als auch trans*- inter* und nicht- binären Kindern und
34 Jugendlichen bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Armut verschwindet
35 nicht dadurch, dass Politik sie ausblendet. Der Kinderschutzbund erwartet eine
36 klare Positionierung über die im Koalitionsvertrag genannten Maßnahmen für
37 Alleinerziehende und den Kinderzuschlag hinaus. Es ist ein Schritt in die
38 richtige Richtung, dass Alleinerziehende stärker in den Blick genommen und
39 Leistungen zusammengeführt werden sollen. Doch eine größere Vision zur
40 Bekämpfung von Kinderarmut, wie sie die Kindergrundsicherung wäre, fehlt. Ebenso
41 nötig wären hier Investitionen in die armutsbekämpfende Infrastruktur. Wir
42 erwarten, dass die Regierung sich nicht in kleinteiligen Ansätzen verliert,
43 sondern die Idee gerechten Aufwachsens fest im Blick hat.

44 Die heutige Kinder- und Jugendgeneration ist vielfältig. Umso wichtiger ist es,
45 dass Kinder und Jugendliche ohne Angst verschieden sein können, dass Vielfalt
46 gestärkt und Ausgrenzung sowie Hass entschlossen bekämpft werden. Wir
47 kritisieren Maßnahmen, die explizit die Rechte geflüchteter junger Menschen
48 verletzen.

49 In den Fragen der familienrechtlichen Reformen gibt es aus Sicht des
50 Kinderschutzbundes im Koalitionsvertrag Licht und Schatten: Die geplante
51 Verbesserung des Sorge- und Umgangsrechts unter dem Aspekt häuslicher Gewalt
52 begrüßen wir ausdrücklich. Seit Langem stehen weitere Reformen im Bereich des
53 Familienrechts aus – ob diese jedoch tatsächlich angegangen werden, ist
54 ungewiss. So findet die dringend benötigte Reform des Abstammungsrechts nicht
55 einmal Erwähnung.

56 Mit Blick auf Bildung und frühe Bildung ist es zwar richtig und wichtig, Kitas
57 und Sprachbildung zu fördern und die schulische Infrastruktur in den Blick zu
58 nehmen, doch es fehlt an einer konsistenten Gesamtstrategie von frühkindlicher

59 Bildung bis Ausbildung., Den vielfältigen Krisen in den Systemen des Aufwachsens
60 muss wirksam begegnet werden. Weitere Lern - und Explorationsräume eröffnen die
61 Offene Kinder- und Jugendarbeit als auch die Jugendsozialarbeit um Bildung
62 erfahrbar zu machen - auch im Sinne der Demokratieförderung. Diese Leistungen und
63 auch die Präventionsangebote sind keine freiwillige Leistungen sondern als
64 Pflichtaufgaben im SGBVIII geregelt.

65 Es ist gut, dass das Thema der mentalen Gesundheit junger Menschen in den Blick
66 genommen wird und hier sowohl Jugendhilfe als auch Gesundheit adressiert sind.
67 Darüber hinaus muss dem Thema Kindergesundheit aber noch ein breiterer Fokus
68 eingeräumt werden, der sicherstellt, dass alle Kinder unabhängig von ihrer
69 sozialökonomischen Herkunft oder ggf. Behinderung Zugang zu bestmöglichen
70 Gesundheitsversorgung bekommen. Eine Erweiterung von unterstützenden Maßnahmen
71 und Versorgung von Therapieplätzen für junge Menschen muss sichergestellt
72 werden.

73 Im Kinderschutz gibt es Fortschritte, etwa durch die angekündigte Ausweitung der
74 Frühen Hilfen, die Stärkung von Childhood-Häusern, Schutzkonzepte , die
75 Umsetzung des UBSKM-Gesetzes oder das Erleichtern der audiovisuellen Vernehmung
76 von minderjährigen Zeugen in Strafverfahren. Andere wesentliche Punkte wie die
77 Stärkung von Kinderschutz-Zentren und anderen hochspezialisierten
78 Facheinrichtungen im Themenfeld Gewalt gegen Kinder und Jugendliche fehlen
79 vollständig. Wir benötigen konkrete umfassende neue Ansätze zu Schutz im
80 digitalen Raum. Insgesamt bestehen erhebliche Zweifel, ob diese Vorhaben
81 tatsächlich so umgesetzt werden, dass sie Wirkung entfalten.

82 Der Koalitionsvertrag bleibt in vielen Punkten viel zu vage – oft ist nur von
83 Prüfaufträgen oder angekündigten Strategien die Rede. Verbindliche
84 Umsetzungspläne fehlen, und vor allem gibt es meist keine konkreten Angaben zur
85 finanziellen Ausstattung. Ohne eine klare Budgetierung bleiben die angekündigten
86 Maßnahmen letztlich bloße Absichtserklärungen. Aus Sicht des Kinderschutzbundes
87 ist das nicht hinnehmbar – eine Politik, die den Anspruch hat, Kinder und
88 Jugendliche in den Mittelpunkt zu stellen, muss auch zeigen, wie und wann sie
89 ihre Vorhaben konkret umsetzen will.

90 Eine Chance bietet der neue Zuschnitt der Ressorts, in dem Bildung, Kinder und
91 Jugend zusammengeführt wurden. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, die
92 Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich in den Blick zu nehmen.
93 Entscheidend ist dabei, dass die Politik Kinder und Jugendliche nicht nur als
94 „Schüler*innen“ betrachtet, sondern ihre Bedürfnisse in ihrer gesamten
95 Lebensrealität ernst nimmt. Bildung sollte deshalb integraler Bestandteil eines
96 Kinderministeriums sein – nicht umgekehrt die Anliegen von Kindern auf
97 bildungspolitische Ziele reduziert oder ihnen untergeordnet werden.

98 Unerlässlich ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen
99 Entscheidungen – sei es im Alltag, in Institutionen oder in der Politik. Der
100 Kinderschutzbund fordert eine kinderfreundliche Gesellschaft, die Verantwortung
101 für die junge Generation übernimmt – und für die folgenden Kinder-Generationen,
102 etwa bei der Bekämpfung des Klimawandels.

103 Von der neuen Ministerin für Bildung, Familie, Kinder und Jugend wünschen wir
104 uns, dass sie die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Vorhaben mit Engagement
105 umsetzt und darüber hinaus eigene Impulse einbringt. So kann sie dazu beitragen,
106 dass die Bundesregierung insgesamt als eine Regierung auch für Kinder und
107 Jugendliche erkennbar wird.